



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Der liberalismus im 21. Jahrhundert



WWW.AMAZONAS-CHRISTMAS.DE

MEIN WEIHNACHTSBAUM STEHT DIESES JAHR IM REGENWALD!

Werde Chefredakteurin! Werde Chefredakteur!

Du bist wie dieses Heft: jung+liberal?

Das Schreiben ist Deine große Leidenschaft? Du liebst es, Texte zu verfassen, zu redigieren und Dir Gedanken über politische Themen zu machen? Du hast bereits erste journalistische Erfahrungen gesammelt – sei es durch einen Blog, durch ein Praktikum bei Zeitung, Fernsehen oder Radio, durch die Mitarbeit bei einer Schülerzeitung oder durch die Betreuung eines Internetportals? Du kannst Dir nichts Besseres vorstellen, als Dein Talent der liberalen Sache zu widmen? Du arbeitest gerne ehrenamtlich, im Team und bist kommunikationsstark? Dann trau Dich und werde Chefredakteurin bzw. Chefredakteur unseres bundesweiten Mitgliedermagazins!

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt suchen wir für die Leitung des jung+liberal eine Nachfolge mit der Bereitschaft, sich längerfristig für das Heft zu engagieren!

- / Du bist kreativ und denkst in Deiner Freizeit gerne über aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme nach.
- / Du diskutierst gerne, bist offen für andere Meinungen und freust Dich über Debatten mit kontroversen Positionen.
- / Du verfasst Artikelaufträge und bist dazu bereit, aktiv auf Junge Liberale sowie externe Autoren zuzugehen, um sie für Beiträge zu gewinnen.
- / Du hast immer die Zeit im Blick, gestaltest Deinen Zeitplan bzw. Deine Deadlines selbst, aber lieferst stets pünktlich.
- / Du liest und redigierst die eingereichten Beiträge, ordnest sie innerhalb des Heftes an und machst Dir konzeptionelle Gedanken zum Heftaufbau.
- / Du hast kein Problem mit mehrfachen Korrekturschleifen.
- / Du hast Lust, mit dem JuLi-Debattenblog ein neues Online-Format zu konzipieren und zu gestalten.
- / Du arbeitest gerne gemeinsam mit dem Bundesvorstand sowie der betreuenden Agentur im Team.
- / Du nimmst regelmäßig an den Sitzungen des Bundesvorstands sowie an unseren Bundeskongressen teil.

Worauf wartest Du noch?

Bewirb Dich bis zum 15. Februar 2020 mit einem kurzen Motivationsschreiben, Deinem Lebenslauf und einer kleinen Auswahl an Arbeitsproben bei unserer stellv. Bundesvorsitzenden Laura unter schieritz@julis.de.

Und keine Sorge: Unsere scheidende Chefredakteurin Anna bleibt uns in anderer Position erhalten, steht Dir mit Rat und Tat zur Seite und hilft Dir dabei den Laden zu schmeißen.





4-5

Eine kurze Geschichte des deutschen Liberalismus

Wo kommt der (deutsche) Liberalismus überhaupt her? Die Antworten gibt Alexander in seiner kurzen historischen Abhandlung zum Liberalismus in Deutschland.



6-7

Recht und Gerechtigkeit im Liberalismus

Der Begriff „Gerechtigkeit“ ist in aller Munde. Alle politischen Parteien von links- bis rechtsaußen nutzen ihn im Diskurs. Aber wie sieht Gerechtigkeit für Liberale aus? Und wie unterscheidet sie sich von Gleichheit?



14-15

Die Tücken der Identitätspolitik

Aus den USA importiert finden wir auch bei uns immer häufiger die Anwendung von Politik für bestimmte Gruppen. Welche Risiken eine solche Politik birgt, erklärt Dir Tabea in ihrem Artikel.



18-19

(K)eine Krise des Liberalismus

Ist der Liberalismus wirklich in einer Krise? Die Antwort findest Du im Artikel von Alexander.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Eine kurze Geschichte des Liberalismus
- 6 Recht und Gerechtigkeit im Liberalismus
- 8 Deirdre McCloskey: Ökonomin mit Strahlkraft
- 10 Den Populisten Beine machen
- 12 Auf in die nächste liberale Epoche
- 14 Die Tücken der Identitätspolitik
- 16 Liberalismus und Feminismus
- 18 Der Liberalismus ist nicht in der Krise
- 20 Liberalismus im Blindflug: Theorie und Praxis
- 23 Internationale Seite
- 23 Impressum

EDITORIAL

Liebe JuLis,

es ist wieder Zeit für das letzte jung&liberal des Jahres! In Anlehnung an das letzte Jahr beschäftigen wir uns auch in diesem Heft wieder mit einem übergeordneten Thema, nämlich dem Liberalismus im 21. Jahrhundert.

„Krise des Liberalismus“ oder „Der Liberalismus in der Krise“. Egal ob Süddeutsche, Spiegel, Focus, Cicero oder NZZ: Alle großen Medien haben in den vergangenen zwei bis drei Jahren einen Artikel zur Krise des Liberalismus verfasst. Dabei tut sich unweigerlich die Frage auf, was denn an der „Krise des Liberalismus“ wirklich dran ist und warum die großen Verlagshäuser unseres Landes diese Entwicklung sehen. Klar: Liberale Antworten sind momentan nicht en vogue. Ist diese Erkenntnis aber gleichzusetzen mit einer „Krise“ des Liberalismus? Oder bedeutet dies, dass wir als Liberale auch in der Vorgesellschaft, wie beispielweise auf einer FFF-Demo, wieder stärker für unsere Positionen eintreten müssen? All das wollen wir in diesem Heft diskutieren.

Ein Heft zum Thema „Liberalismus“ wirft natürlich auch ein zweites, großes Themenfeld auf: Was meinen wir überhaupt, wenn wir über Liberalismus sprechen? Allein diese Frage birgt große Schwierigkeiten. Vielleicht aber auch zurecht: Liberalismus gestaltet sich für jede und jeden anders aus, ist nicht in fünf bis sechs Zeilen zu definieren. Einen Grundkonsens haben jedoch alle Liberale: Das Individuum als Ausgangspunkt. Wie wir von diesem Ausgangspunkt unsere Politik ableiten, wird im Heft diskutiert.

Ich wünsche Dir viel Spaß beim Lesen!



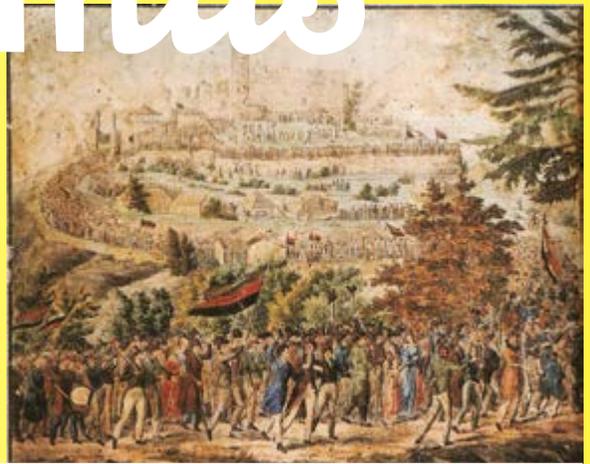
Eure Anna

Für Kritik, Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter neumann@julius.de.

Eine Geschichte des deutschen Liberalismus

Der Liberalismus ist die Ideologie, die die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Er löste damit eine Serie von Revolutionen aus, die unsere Lebenswirklichkeit bis heute prägen. Eine kleine Zeitreise durch die Geschichte des Liberalismus in Deutschland.

Freiheit stellt durch die Geschichte hindurch einen ideellen Begriff dar, dem in der westlichen Philosophie stets ein hoher Stellenwert beigemessen wurde. Während der Begriff der Freiheit bereits von den großen antiken Philosophen wie Aristoteles oder Platon genannt wurde, ist der moderne Freiheitsbegriff im Kontext des Liberalismus auf die Neuzeit zurückzuführen. Thomas Hobbes gilt als der Vorreiter moderner Staatstheoretiker, der die Basis eines jeden modernen Staates in einem so genannten Gesellschaftsvertrag sah. In Hobbes Vorstellung übertrug das Volk mit dem Gesellschaftsvertrag einem Souverän die absolute Macht, deren Ausübung durch den Vertrag legitimiert war. Zwar war diese Vorstellung noch recht weit von dem Konzept einer freiheitlichen Gesellschaft entfernt, aber sie lieferte die Grundlage für einen der Grundpfeiler des liberalen Staates: Die Verfassung.



EINE KURZE HISTORISCHE ABHANDLUNG

Der Liberalismus als politische Ideologie lässt sich auf John Locke zurückführen, der als geistiger Vater des Liberalismus gilt. Er baute auf Hobbes' Ideen auf und formulierte in seinem Klassiker „Two Treatises of Government“ solche revolutionäre Ideen wie ein Recht auf Privateigentum, die Freiheit in freiwilligem Handel und die Freiheit der politischen Partizipation, durch beispielsweise Meinungsfreiheit. Die Idee des Liberalismus ergriff das 18. Jahrhundert wie ein Lauffeuer, sodass 1776 die damals 13 amerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit gegenüber dem British Empire erklärten. Allerdings wurde dieses Jahr durch ein weiteres bezeichnendes Ereignis geprägt: Ein schottischer Moralphilosoph namens Adam Smith begründete die moderne Nationalökonomie in seinem Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of The Wealth of Nations“, im Volksmund besser bekannt als „Über den Wohlstand der Nationen“. Darin beschreibt er die Grundpfeiler moderner kapitalistischer Volkswirtschaften: Vertragsfreiheit, Privateigentum, Freihandel und Arbeitsteilung, geleitet von dem was Smith als „unsicht-

„bare Hand“ nannte, um zu verdeutlichen, dass durch die dezentralen Prozesse des Marktes der Wohlstand der Nationen maximal gesteigert werden könnte. Kurz darauf ergriff der revolutionäre Geist das bis dahin absolutistisch regierte Frankreich und mit dem Sturm auf die Bastille fand im Jahr 1789 die Französische Revolution ihren Beginn. Sie sollte das kontinentale Europa nachhaltig prägen und das Zeitalter moderner Nationalstaaten einläuten. Die neue französische Gesellschaft, geprägt von den Ideen liberaler Denker wie Montesquieu und Tocqueville, sollte als leuchtendes Beispiel der Freiheit und Fortschrittlichkeit gelten. Allerdings war dieser Zustand nur von kurzer Dauer, denn zur Jahrhundertwende sollte Napoleon Europa mit Krieg überziehen und Frankreich in eine Monarchie zurückreißen.

„ZUM SCHLOSS, AUF ZUM SCHLOSS!“ – DER LIBERALISMUS IM 19. JAHRHUNDERT

Nachdem Napoleon in den Koalitionskriegen letztlich bezwungen wurde, sollte Europa im Rahmen des Wiener Kongresses von 1814 bis 1815 neu geordnet werden. Die Zeit nach dem Wiener Kongress 1815 bis zur Märzrevolution 1848 nennt sich die Zeit des Vormärz. Der Vormärz war eine Periode, während der der Liberalismus in Deutschland verbreitet wurde. Es war die Zeit der Nationalbewegung, die ein vereintes Deutschland forderte, um die Struktur des Flickenteppichs des alten Reiches aufzulösen und einen gesamtdeutschen Nationalstaat herbeizuführen. Beflügelt von Immanuel Kants Werken wie der Metaphysik der Sitten und den Philosophen des deutschen Idealismus marschierten Menschenmassen zum Hambacher Schloss mit Forderungen wie Volkssouveränität, Freiheit und dem deutschen Nationalstaat im Gepäck. Und tatsächlich sollte in den Jahren 1848 und 1849 der revolutionäre Geist auch die Deutschen ergreifen. Das führte zu den Ereignissen, die als die Märzrevolution in die Geschichte eingingen. Am Ende dieser Revolution stand das Zusammentreffen des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche. 1849 sollte die Frankfurter Reichsverfassung eingeführt werden, die damit die erste Verfassung Deutschlands sein sollte. Das Vorhaben scheiterte allerdings an den Bemühungen des preußischen Königs, wodurch sich die Gründung eines gesamtdeutschen Staates verzögerte. Schließlich wurde 1871 der erste deutsche Nationalstaat gegründet, das Deutsche Kaiserreich. In seinem Parlament standen sich die Konservativen, angeführt vom eisernen Kanzler Otto von Bismarck, und die Nationalliberalen gegenüber. Über die nächsten Jahrzehnte würden die Liberalen die politischen Entwicklungen des Kaiserreiches maßgeblich prägen.

FALL UND WIEDERAUFSTIEG – DURCH DIE KATASTROPHE DES 20. JAHRHUNDERTS BIS ZUR BUNDESREPUBLIK

Nachdem das Kaiserreich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und damit dem Ende der Monarchie in die Weimarer Republik überging, folgten politisch turbulente Zeiten. Die beiden größten liberalen Parteien waren die Sozialliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und

die Nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP). Bis Mitte der 1920er-Jahre waren die liberalen Kräfte mehrfach an der Regierung beteiligt und stellten 1923 sogar den Reichskanzler mit Gustav Stresemann. Des Weiteren setzten sich Liberale wie Friedrich Naumann maßgeblich für den Erfolg der deutschen Frauenbewegung ein. Doch die Reparationsforderungen des Vertrags von Versailles forderten ihren Tribut und im Rahmen der Weltwirtschaftskrise 1929, orientierten sich ehemals liberale Parteien wie die DVP hin zum politischen Autoritarismus. Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus wurden alle liberalen Parteien verboten und die Vertreter des politischen Liberalismus verfolgt. Mit der Gründung der zwei deutschen Staaten nach 1945 erhoben sich auch wieder liberale Kräfte aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges. In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) in die Nationale Front der DDR eingebunden und wurde damit unter der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) effektiv gleichgeschaltet. In der Bundesrepublik Deutschland kam den liberalen Kräften in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle zu. In dem neu gegründeten demokratischen Staat musste sich das liberale Grundgesetz in den wackligen Bedingungen der Nachkriegszeit behaupten. Um die liberalen Kräfte zu bündeln, wurde 1948 die Freie Demokratische Partei (FDP) gegründet, die auch den ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, stellte. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die FDP viele Male an der Regierung beteiligt. Die prägenden Phasen sind hierbei die Gründungsphase der Bundesrepublik und der Währungsreform in den ersten zwei Kabinetten Adenauer, die sozialliberale Koalition mit der SPD in den 1970er-Jahren und die Regierungen Kohl in den 1980er-Jahre bis hin zu Wiedervereinigung und der Gründung der Europäischen Union.

LIBERALISMUS HEUTE

Die FDP ist seit 2017 wieder im deutschen Bundestag vertreten. Gegenwärtig befindet sich die Partei in den Umfragen irgendwo zwischen sechs und neun Prozent. Momentan scheinen die FDP und der Liberalismus sich in einem merkwürdigen Zustand zu finden. Zwischen den ehemaligen Volksparteien CDU und SPD und dem damit verbundenen Aufstieg der populistischen Kräfte von links und rechts stellt sich die Frage, ob und wie es den politischen Liberalismus in Deutschland noch braucht. Doch wenn uns die Geschichte eines lehrt, dann dass die Idee der Freiheit eine Faszination auf die Menschen ausübt und es eine politische Stimme braucht, die die Freiheit und den Liberalismus verteidigt. In Zeiten außenpolitischer Abschottung, aufstrebendem Autoritarismus, drohender Rezession sowie demographischem und klimatischem Wandel braucht es eine liberale Kraft, die das Feuer der Freiheit weiterträgt und den Liberalismus mutig vorantreibt.



ALEXANDER KOBUSS (21) studiert Geschichte und Sozialwissenschaften. Er ist bei den JuLis Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft, Energie und Finanzen. Du erreichst ihn unter alexkobuss@yahoo.de

Gerechtigkeit ist eine Alltagskategorie: Man fühlt sich von Mitmenschen oder dem Staat ungerecht behandelt, beklagt ungerechte Schiedsrichterentscheidungen zulasten der bevorzugten Sportmannschaft und empört sich über ungerechte Urteile oder ungerecht hohe oder niedrige Gehälter für unterschiedliche Berufsgruppen. In den letzten beiden Fällen beginnt das Politische: Staatliches Handeln wird am Maßstab der Gerechtigkeit gemessen. Die Akzeptanz des Staates ist in den Augen der Bürger daran geknüpft, dass dieser sich zumindest bemüht, gerecht zu sein, und die Erwartung an gerechtes Handeln nicht allzu oft enttäuscht. Das ist der Fall, wenn der Staat zur Beute der Regierenden geworden ist, die sich scham- und grenzenlos auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Dies ist übrigens besonders typisch für sozialistische Regime. Dort will der Staat die Bürger vor angeblicher Ausbeutung durch das kapitalistische Gesellschaftsmodell schützen, indem alle Menschen gleich arm sind, bis auf die Funktionäre, die ein bisschen gleicher als andere sind. Daran kann, daran muss, 30 Jahre nach dem Mauerfall erinnert werden.

ansonsten aber hängt die Legitimität des Staates an der inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist eine hohle Phrase, wenn sie nicht mit Inhalt gefüllt wird. Gerechtigkeit bedeutet aber für jeden Menschen etwas anderes, auch Mehrheitsvorstellungen variieren nach Ort, sozialem Milieu und Zeit. Selbst in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik mit vergleichsweise stabilen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kann sich binnen weniger Jahrzehnte ein

Recht und Gerechtigkeit

tiefgreifender „Wertewandel“ vollziehen, besonders im Bereich des Familienlebens, der Sexualität und der Rolle von Mann und Frau. In modernen Gesellschaften kommt es überdies zu einer sozialen Ausdifferenzierung von Milieus, in denen divergierende Wertvorstellungen vorherrschen, sowie zum Aufeinandertreffen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, deren Gerechtigkeitsvorstellungen auch kulturell geprägt sind.

GERECHTIGKEIT DURCH VERFAHREN

Gerechtigkeit liegt zudem im Auge des Betrachters. Selbst wenn eine Gesellschaft sich abstrakt auf Vorstellungen von Gerechtigkeit einigen könnte: Wer entscheidet, was im Einzelfall gerecht ist? Mit einem unbestimmten, wenn es darauf ankommt umstrittenen Gerechtigkeitsbegriff ist kein Staat zu machen. Es braucht verbindliche Regeln, wer in welchem Verfahren befugt ist, Gerechtigkeit mit Leben zu füllen und diese zu verwirklichen. Gerechtigkeit kann nur beachtlich sein im Rahmen geordneter Verfahren zur Rechtssetzung, Rechtsprechung und

Rechtsdurchsetzung. „Reine“, „volkstümliche“ Gerechtigkeit verwirklichen zu wollen, ist dagegen der rechtsverachtende Gestus des Populisten. Es ist deswegen auch verfehlt, wenn die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohleys nach der Wiedervereinigung sagte: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“. Gerechtigkeit als Faktum, nicht als unerreichbares Ideal, kann es nur innerhalb eines Rechtsstaats geben. Rechtsstaat und Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Wie sieht sie aus, diese „Gerechtigkeit durch Verfahren“? Einzelfall- und Grundsatzentscheidung werden möglichst getrennt – am anschaulichsten im Strafrecht – und von verschiedenen Stellen wahrgenommen (Gewaltenteilung). Recht muss bestimmt und verständlich sein, neues Recht gilt normalerweise nur für die Zukunft, es gibt unabhängige Richter, welche losgelöst von politischen Wünschen Recht sprechen. Schon hier können wir deshalb ohne Weiteres feststellen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, weil kein Richter und kein Beamter außerhalb der mangels Gewaltenteilung gehemmten Befehlskette der SED stan-



den, durch die Recht und Gesetz zu bloßen Instrumente der Willkür der Parteiführung wurden.

GESETZLICHES UNRECHT?

Recht und Gesetz sollten dabei nicht gleichgesetzt werden. Auch der Gesetzgeber kann Unrecht setzen. Das ist bei Alleinherrschaft eines Diktators oder Monarchen offensichtlich. Aber auch eine Demokratie ohne Regeln und Werte endet in einer Tyrannei der Mehrheit. Recht und Gerechtigkeit stehen nicht zur Verfügung des Gesetzgebers, hat das Bundesverfassungsgericht einst ausgesprochen. Dies bedeutet auch: Keine

demokratische Mehrheit, und sei sie noch so überwältigend, kann einen Menschen seiner Menschenrechte berauben. Das grundsätzliche und notwendige Vertrauen in den staatlichen Rechtssetzungsprozess kennt daher Grenzen. Gerade die deutsche Geschichte bietet Beispiele von eklatanten gesetzlichen Grenzüberschreitungen, insbesondere als Werkzeug der Judenverfolgung. Vorschriften, die nichts weiter als bürokratisierte Anweisungen zur Tötung von Menschen sind, werden nicht deshalb Recht, weil sie im Gesetzblatt abgedruckt werden. Ein rein formelles Verständnis von

Rechtsstaatlichkeit führt nur zur Kaschierung von Unrecht und lädt zum Missbrauch ein.

UNRECHTSSTAATEN

Die DDR war deshalb auch nicht nur ein durch die Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnete Macht- und Willkürstaat. Sie war auch kein „failed state“, in dem es keine Rechtsordnung mehr gab. Die DDR war vielmehr ein Staat, in welchem alles Recht, alle staatlichen Institutionen bewusst und total auf die Durchsetzung der Ideologie der Herrscher ausgerichtet war. Einer Ideologie, welche dem Bürger grundlegende Menschenrechte verwehrte, wie Meinungsfreiheit, Berufsfreiheit, Reisefreiheit. Ein Staat, der nicht auf den Willen des Volkes, sondern im kritischen Moment auf sowjetische Panzer gestützt war. Ein Staat, der das wohl umfassendste Spitzelsystem der Geschichte schuf. Ein Staat, der nur solange existieren konnte, wie er seine Bevölkerung einmauerte und dem Erhalt seiner Macht den absoluten Vorrang vor dem Leben Unschuldiger einräumte, die nichts weiter wollten, als unbewaffnet die innerdeutsche Grenze zu überqueren. Ein solcher Staat muss sich vorwerfen lassen, ein Unrechtsstaat gewesen zu sein.

DIE LIBERALE GERECHTIGKEIT

Es bedarf daher am Ende doch inhaltlicher Kriterien der Gerechtigkeit. Die grundsätzliche Anerkennung individueller Rechte jedes Menschen und die Gleichheit vor dem Gesetz gehören dazu. Dabei stellt sich die Gerechtigkeitsfrage nicht nur im Extremfall des „gesetzlichen Unrechts“. Jedes Gesetz, jedes Urteil versucht Gerechtigkeit zu verwirklichen. Es gehört zum Rechtsstaat dazu, die unterschiedlichen Aufgaben gesetzlicher und justizförmiger Gerechtigkeit zu akzeptieren, und etwa einen einzel-

nen Strafprozess nicht von einem allgemeinpolitischen Standpunkt aus zu kritisieren.

Seien wir vorsichtig mit schnellen und vagen Rufen nach Gerechtigkeit. Absolute Gerechtigkeit ist ein irrationales Ideal, das mit einem totalitären Anspruch daherkommt und von blindem Vertrauen in religiöse oder weltliche Führer gekennzeichnet ist. Vertrauen wir stattdessen den austarierten Verfahren des Rechtsstaats, messen wir Institutionen wie dem Parlament, der Presse, der Wissenschaft einen Eigenwert zu und üben wir Toleranz mit anderen Auffassungen, solange diese sich innerhalb der grundsätzlichen Werteordnung bewegen.

Maßstab für den Liberalen ist dabei das Individuum, ohne jede Anknüpfung an äußerliche Merkmale oder Gruppenzugehörigkeiten. Weitergehend noch: Das Individuum soll nicht wegen Gesinnung und Eigenschaften, sondern wegen seines Handelns und seiner Entscheidungen bewertet werden. Gerechtigkeit in Verteilungsfragen ist Leistungsgerechtigkeit, nicht Ergebnisgleichheit, welche oft mit dem leeren Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ glorifiziert wird. Leistung und die Übernahme von Eigenverantwortung müssen sich lohnen. Es muss in jeder Situation ein Anreiz bestehen, mehr zu arbeiten. Ein weiteres Prinzip liberaler Gerechtigkeit ist – ganz allgemein – ein grundsätzlicher Zusammenhang von Rechten und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Chancen und Risiken. Gerechtigkeit wird eben konsequent vom Individuum aus gedacht.



MARC BAUER (24) ist Jurist und als Beisitzer Mitglied des Bundesvorstandes. Du erreichst ihn unter marc.bauer@julis.de

Warum

Deirdre McCloskey



die
Ökonomin ist,
die nicht nur
Amerika braucht

Die amerikanische Wirtschaftsprofessorin Deirdre McCloskey ist eine waschechte Liberale. Gesellschaftlich stellte sie den Liberalismus nie infrage. Seinen wirtschaftlichen Nutzen kann sie empirisch nachweisen. Ihre Ideen können Grundlage zur Beantwortung vieler politischer Fragen sein.

Deirdre McCloskey ist emeritierte Professorin für Ökonomie, Geschichte, Englisch und Kommunikation. Mit ihren 74 Jahren hat sie 19 Bücher und über 400 Essays und Artikel veröffentlicht. Leider wurde kein einziges ihrer Bücher ins Deutsche übersetzt. Man könnte fast meinen, deutsche Verlage oder die deutsche Öffentlichkeit hätten ein Problem mit einer transsexuellen Ökonomin, die einen „feministischen Liberalismus“ vertritt.

Eigentlich wäre gerade in einem liberalen Magazin die Tatsache, dass sie als Donald geboren wurde, wirklich keine Erwähnung wert. Ich erwähne es trotzdem, weil es für die Amerikanerin, in ihrer Jugend marxistisch geprägt, ein wichtiger Schritt zum Liberalismus war. Donald McCloskeys wirtschaftswissenschaftliche Thesen waren allgemein anerkannt, aber als Deirdre McCloskey erntete sie mit den gleichen Grundsätzen viel mehr Kritik. Das war ein Schock, der ihr den Wert einer liberalen Gesellschaft vor Augen geführt hat. Sie sieht es als eine der liberalen Freiheiten an, Geschlecht und Identität frei wählen zu können.

LIBERALISMUS 2.0

Deirdre McCloskey wirkt in Interviews und Fernsehauftritten nicht nur wie eine sehr intelligente, sondern auch wie eine freundliche Frau. Sie möchte einen menschlichen Liberalismus verkörpern und das kauft man ihr ab. Unter dem ursprünglichen Liberalismus, den es zu überwinden gilt, versteht sie eine Einstellung nach dem Motto „Ich bin frei, lass mich in Ruhe“. Das Liberalismus-Verständnis, das sie propagiert, ist ein anderes. Deirdre McCloskey vertritt die Auffassung, dass wir jedem Menschen auf der Welt etwas schuldig sind: Nämlich Chancengerechtigkeit. Jedem und jeder muss erlaubt sein, einen Job zu haben und Fortschritt im Leben zu erfahren.

ES GING DEN MENSCHEN NIE BESSER

Diese Ideen entstanden vornehmlich im 18. Jahrhundert. Sie unterscheiden sich wesentlich von allen Systemen des Mittelalters, die hierarchisch aufgebaut waren. Jeder hatte einen Lehnsherrn. In der Familie stand der Familienerbherr, meist der Vater, an erster Stelle. Fürsten und Bischöfe stellten die Spitze des geistigen Standes dar, der König oder Kaiser die Spitze des weltlichen Standes. Im Liberalismus dagegen ist jeder Mensch sein eigener Herr. Das Pro-Kopf-Haushaltseinkommen des ärmsten Teils der Weltbevölkerung ist seit Anfang des 18. Jahrhunderts um 3000 Prozent gestiegen. Gesundheitsversorgung, Nahrung und Bildung sind wesentlich günstiger und vor allem für die meisten Bevölkerungsschichten zugänglich geworden, wissenschaftliche und medizinische Errungenschaften, darunter die Antibabypille, wurden entdeckt, die Kindersterblichkeit ist stark zurückgegangen. All diese Entwicklungen entstanden seit dem Aufkommen des Liberalismus. Innovationen entstanden. Und wodurch? Durch freie Märkte und den freien Zugang zu Bildung. Die Produktivität innovativer Märkte ist in diesem Kontext nicht zu verkennen.

ES IST NICHT NUR DER MARKT, DER LIBERAL SEIN SOLL

Für McCloskey ist es aber auch zentral, dass Liberalismus als Idee menschlicher Freiheit entstanden ist. Sie zeigt auf, warum Toleranz und Akzeptanz nicht nur die Befreiung aus alten gewalttätigen Hierarchien gefördert haben, sondern auch die großartigen Künste und Wissenschaften der Neuzeit nur durch liberales Denken entstehen konnten. Wirtschaftlichen Liberalismus sieht die Wissenschaftlerin als natürliche Folge des gesellschaftlichen Liberalismus an. Natürlich gibt es in Bezug auf Chancen- und Leistungsgerechtigkeit immer noch viel zu tun. Das will auch Deirdre McCloskey nicht verkennen. Aber ihre Werke sind ein guter Reminder, dass wir uns mit unseren Ideen auf dem richtigen Weg befinden.



SINA BEHREND (18) studiert Philosophie, Politik und Wirtschaft an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und engagiert sich kommunalpolitisch nebenan in Mönchengladbach. Du erreichst sie unter sa-mg@live.de

Den
Populisten
(kurze)
Beine
machen



Wir leben in einer turbulenten Umbruchphase, welche die Kurzlebigkeit und Kollateralschäden des modernen Populismus eindrücklich vor Augen führt. Drei zeitlose Prinzipien freiheitlicher Politik können uns dabei helfen, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen – selbst wenn das stets anfängliche Opfer von uns fordert.

Unsereins leidet in der politischen Debatte seit jeher an einem nicht unironischen Vorwurf: Obwohl – oder gerade weil – wir uns von großzügigen Wahlgeschenken fernhalten wollen, haftet niemandem so sehr das Image des kalten Klientelismus an wie der FDP. Mögliche, auch selbst verschuldete Gründe umfassen Verweise auf Sachzwänge wie Steuerwettbewerb und Arbeitgeberinteressen oder fehlende Empathie mit beliebten Hoffnungsträgern. Auch wenn wir aus diesen Fehlern lernen müssen, dürfen wir uns von unserer offenen Skepsis gegenüber allen «Alles-muss-anders»-Parolen nicht abbringen lassen. Unsere Herkunft ist unser Ratgeber dabei, die geschickten Künstler der Massenpsychologie an ihren Schwachpunkten zu treffen.

DAS PRINZIP HAFTUNG

Nur wenige erkennen in diesen Tagen, welche großartige Lektion über Politik die aktuellen Brexit-Wirrungen uns vor Augen führen. Die Revolution der britischen Patrioten wurde maßgeblich von zwei Männern angeführt. Einer davon zog sich noch am Tag seines politischen Triumphes zurück und überließ die Führung der Nation taktisch klug einer Gegnerin seines eigenen Versprechens; der Andere will sich selbst als neuer Cromwell an der Spitze des Auszugs aus der EU verewigen lassen. Einer von ihnen wird als „Märtyrer“ der britischen Unabhängigkeit gefeiert, der bei jedem „Ver-

rat“ des Establishments am Brexit neu in Schlagzeilen und Umfragen aufersteht; der Andere demontierte seine Popularität in wenigen Wochen Premierminister durch unhaltbare Versprechen, mit denen er Anspruch und Realität des Brexit vereinen will.

Populisten hassen etwas wie der Teufel das Weihwasser, was uns Freien Demokraten aus gutem Grund heilig ist: Die Freiheit des Menschen lebt untrennbar von der Haftung für das eigene Handeln. Populisten aller Parteien wissen, dass markige Worte Sehnsüchte bei Menschen auslösen, die allergisch auf die Frage der Umsetzung reagieren. Dabei muss man Märchenerzähler noch nicht einmal in Regierungskoalitionen einbinden. Es ist an uns Liberalen, unsere eigenen Visionen hochzuhalten und jene der anderen nicht zu verfluchen, sondern durch das erbarmungslose Beharren auf das „Wie denn?“ zu entzaubern.

INTERESSENAUSGLEICH STATT KLASSENKAMPF

Der Mensch tut allerlei Böses, wenn sich Selbstgefälligkeit mit einem hinreichenden Vorwand verbindet. Und es ist nur allzu natürlich und nachvollziehbar, dass sich die Abneigung dagegen nirgendwo so klar deutlich zeigt, wie bei der Gier der Anderen. Nur ist es von da an nicht mehr weit, im Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand die Ursache allen Übels erkennen zu wollen. In solchen Momenten hinterlässt es durchaus mal ein „G’schmäckle“, konsequent für die Freiheit einzustehen.

Gerade bei der Klimafrage braucht es unsere Überzeugung: Die mächtigsten Lösungen werden nicht gegeneinander erstritten, sondern verbinden das Notwendige mit dem Praktischen für die Mehr-

heit. Dabei geht es nicht um faule Kompromisse, sondern um Win-Win-Situationen, um das Schaffen von Rahmenbedingungen, die Erfinder und Abenteurer dafür belohnen, mit der Vermeidung von CO₂-Ausstoß – oder bald sogar der praktischen Verwertung von CO₂-Abscheidungen – ihre Brötchen verdienen zu können. Veränderung als Chance statt als Aufopferung zu begreifen, auch wenn sie zweifellos immer beides ist, ist eben keine Worthülse, sondern das einzige beständige Angebot an jeden, der sich frei fühlen will.

AM HORIZONT DER FREIHEIT

Eines der wichtigsten Prinzipien des Liberalismus prägte der Philosoph John S. Mill: „Die Freiheit des Einen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt!“.

Schockiert sehen wir blinde Euphorie über die Hetze im Bundestag gegen „Kopftuchmädchen“ oder über die Häme gegen Wohneigentümer beim Mitpreisdeckel. Doch die Treue zum Mill’schen Prinzip wird sich auszahlen, wenn wir bis dahin auch die unpopuläre Vernunft vertreten. Rachegeleüste nach „ausgleichender Gerechtigkeit“, die durchdachte Lösungen als „schwach“ oder „feige“ brandmarken, machen aus den (vermeintlichen) Opfern die Täter von morgen. Wahlen gewinnen können viele, aber Menschen nur jene, die ihre Würde wirklich stets unangetastet ließen.



PASCAL BÜHRING (27)

kam reumütig zu den Freien Demokraten, weil

er genug von populistischen Luftschlössern hatte. Er lebt seit Kurzem in Frankfurt am Main und berät Pensionsfonds bei der Struktur ihrer Anlagemandate. Du erreichst ihn unter p.buehrig@gmail.com

Auf in die nächste Epoche! Ein liberaler Anstoß

Wer sich mit dem Liberalismus im 21. Jahrhundert beschäftigt, hat zwei Möglichkeiten, diesen anzugehen. Entweder mit dem parteipolitischen Liberalismus oder mit dem philosophischen Liberalismus in der heutigen Zeit, also das Wertegerüst eines heutigen Liberalen, der sich aber nicht unbedingt in einer liberalen Partei wiederfinden muss. Letzteres werde ich in aller Kürze wagen.

Wir können eigentlich von Glück reden, dass es in der deutschen Geschichte keinen „End-Liberalismus“ gibt, auf den alle Stränge hinauslaufen und der die perfekte Form des Liberalismus wäre. So muss jede Zeit selbst definieren, was für sie Freiheit und Liberalismus bedeuten – und was die Ziele sein sollen. Anfang des 19. Jahrhunderts war das vor allem der Kampf gegen Absolutismus, Monarchie und veralteten Traditionen. Tatsächlich verlief die Linie zwischen jenen, die mehr Mitspracherecht für Bürger in einer Monarchie forderten und denjenigen Radikalliberalen, die sich schon zu dieser Zeit für ein demokratisch gewähltes Parlament einsetzten. Beide liberalen Standpunkte lehnten aber niemals den Staat als solches ab und grenzten sich somit immer vom Anarchismus ab. Konsens war, dass der Staat die Aufgabe hat, die Rechte und das Eigentum der Bürger zu schützen und sie an die Pflichten zu erinnern. Wer aber der Staat sei, darum drehten sich erbitterte Debatten.

KAISERZEIT UND LIBERALISMUS

In der Kaiserzeit stellten sich erneut Grundfragen des Liberalismus. Was sollte mehr wiegen? Das „Vaterland“, der militärische Sieg des Kollektivs, dem man selbst angehörte oder die beharrliche Forderung auf Rechte des Parlaments

in Haushaltsfragen und dem Schutz des Individuums? Das Deutsche Reich befand sich in jener Zeit im Krieg. Als die gemäßigten Liberalen die Verabschiedung des Haushalts blockierten, bei dem sie sich übergangen fühlten, spalteten die Nationalliberalen sich daraufhin ab und erzielten große Wahlerfolge. Dem Kaiser und somit dem Land wurde die weitere Finanzierung des Krieges gestattet. Das einzelne Individuum musste zurücktreten hinter das Wohlbefinden der Nation.

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, den hohen Reparationskosten und der Weltwirtschaftskrise stellte sich wieder eine liberale Gretchenfrage. Sollte der Staat den Markt gänzlich unreguliert lassen, auf die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen und somit einen Laissez-Faire-Liberalismus Vorschub leisten? Oder sollte ein Ordnungsrahmen her, in dem dem Staat eine Schiedsrichterrolle zukommt? Der Streit zwischen Ordoliberalen und klassisch Liberalen entbrannte, allerdings in Deutschland nur für eine kurze Zeit, denn mit dem Nationalsozialismus gab es nur noch einen Staat, der das gesamte Handeln lenken und überwachen sollte und in dem das Individuum kaum Entscheidungsfreiheit hatte. In Ostdeutschland setzte sich diese Abwesenheit von Freiheit für Gesellschaft und Markt auch in der DDR bis 1990 fort.

In der BRD hingegen etablierte sich die Soziale Marktwirtschaft, die auf dem Konzept des Ordoliberalismus fußte. Es stellten sich aber auch in dieser Zeit ziemlich schnell zwei Seiten gegeneinander: Bürgerrechtsliberale und Wirtschaftsliberale. Ob während der 68er, den ersten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland, dem Aufkommen der grünen Umweltbewegung oder dem Bruch der sozialliberalen Koalition und dem Zusammentreten einer neuen schwarz-gelben Koalition – der Zwist erschuf tiefe Gräben, die erst heute wieder zusammenwachsen. Faktisch stellte sich die Frage, welche Prioritätensetzung liberale Politik mit sich bringen sollte und ob die Wirtschaft wichtiger sei als Bürgerrechte weltweit. Diese Debatten wurden nicht nur unter Liberalen, sondern in der gesamten Gesellschaft geführt.

Heute befinden wir uns in einer Übergangs-



zeit, die vermuten lässt, dass ein neues Zeitalter beginnt, nämlich das technologische Zeitalter. Und wieder sind die Liberalen gefragt: Wie hältst du's mit dem technischen Wandel?

DIE HERAUSFORDERUNGEN DER AKTUELLEN ZEIT

Nachdem wir also die Monarchie überwunden und die Demokratie eingeführt haben, die Soziale Marktwirtschaft als vorherrschendes Ziel deutscher Wirtschaftspolitik etabliert und das Individuum vor zu viel Staatsmacht geschützt haben, müssen wir uns jetzt im 21. Jahrhundert fragen, wie wir als Gesellschaft mit dem technischen Wandel umgehen wollen. Schon der Zugang zum Internet für die breite Masse und das Smartphone haben eine Zeit eingeläutet, in der sich Liberale erst noch positionieren müssen. Von künstlicher Intelligenz, autonomen

Techniken und Hochgeschwindigkeitsrechnern ganz zu schweigen. Und ähnlich wie die Diskussion über den Markt vor fast 100 Jahren stellt sich hier auch die Frage: Laissez-Faire oder staatlicher Ordnungsrahmen für vorhandene oder zukünftige technische Möglichkeiten? Was könnte eine Zukunftsethik beinhalten, die auch dem Wohl der zukünftigen Generationen gerecht wird? Wie können wir Grenzen setzen, ohne Forschung und Innovation auszubremsen? Wo liegt unsere Moral und welches Menschenbild haben wir, wenn wir an Designer-Babys denken, an das Drucken von Organen oder noch weitergedacht, dem externen Speichern von Erinnerungen? Wie schützen wir uns selbst, wenn wir nicht riskieren wollen, dass intelligente Maschinen uns irgendwann nicht nur in einem Bereich, sondern in allen Bereichen übertreffen? Wo liegt die

größere Gefahr? In der Zerstörung des Planeten oder in der Ersetzung des Menschen durch eine künstliche Intelligenz? Möglich, dass viele Gedankenspiele heute noch absurd klingen. Allerdings waren alle Debatten, die Liberale geführt haben, immer ein Anfang mit einem völlig ungewissen Ende. Was für uns heute absurd klingt, klang früher genauso absurd, nur dass es damals um Demokratie, Wohlstand für alle oder einen Markt, den es nur online gibt, handelte. Heute stellt dies niemand mehr ernsthaft in Frage.

WORAUF ES ZUKÜNFTIG ANKOMMT

Nicht links oder rechts, nicht progressiv oder konservativ sind die Kategorien, in denen Liberalismus zu denken ist. Denn die Technik lässt sich weder mit dem Kopf im Sand noch mit kommunistischer Maschinenfeindlichkeit aufhalten. Die Frage ist vielmehr, wie sehr wir Technologie und Technik gewähren lassen und welchen Rahmen wir selbst ziehen, um unser Menschsein, unsere Moral und unser Selbstverständnis zu verteidigen. Tatsächlich geht so die Grundfrage wieder zurück auf Los, nämlich was der Mensch ist und was der Sinn des Lebens sein kann. Klingt wie im ersten Semester Philosophiestudium, allerdings fehlen schon dort die liberalen Ideen und Ansätze. Es wird höchste Zeit, dass wir Ansätze finden und verbreiten.

Egal was kommen mag, so schlimm die Katastrophen auch gezeichnet werden: Der Mensch hat es immer geschafft, die düsteren Prognosen nicht Wirklichkeit werden zu lassen und einen Weg aus der Misere gefunden, meistens durch eine technische Lösung. Am ehesten ist daher unsere aktuelle Situation mit der Industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts vergleichbar. Dort stellte man sich Fragen nach dem Wert des Menschen, über den Wert der Arbeit und den Rückzug in die Natur. Teile dieser Strömungen erkennen wir heute auch. Gehen wir den Zeitgeist mit liberalen Ideen an, die sich nicht scheuen, auch alles Bisherige zu hinterfragen. Und versuchen wir, daraus auch politische Lösungen abzuleiten. Dann sind wir gewappnet für alles, was in dieser neuen Epoche passieren wird.



JOHANNES DALLHEIMER (25) leitet den BAK Gender & Diversity. Du erreichst ihn unter johannes.dal@googlemail.com

Als Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin vom EU-Parlament bestätigt worden war, fand sich vielfach – insbesondere auf dem Facebook-Auftritt der Tagesschau – der Hinweis, dass sie damit als erste Frau und als erste Deutsche seit 1967 in dieses Amt gewählt worden sei. Zu ihren politischen Ansichten oder Zielen las man hingegen wenig so prominent platziert. Schlagzeilen, dass nun „die erste Frau“, „der erste Migrant“, „der erste offen Homosexuelle“ usw. ein Amt erhalten würde, sind weit verbreitet. Das ist bereits mit Blick auf die Priorisierung von Informationen fragwürdig, aber auch wegen der willkürlichen Betonung einzelner Merkmale. Während der Fokus auf das Geschlecht beinahe obsessive Züge trägt, werden Beruf und soziale Herkunft bei der Zusammensetzung von Parlamenten kaum thematisiert.

Hinter solchen Schlagzeilen steckt ein Denken in Gruppen, zu dem der Liberalismus den größtmöglichen Gegensatz bildet. Denn die Liberalen sind die Schutzmacht des Individuums. Gruppendenken aber funktioniert erstens über Ausgrenzung durch die Festlegung, wer zur Gruppe gehört, und zweitens über die Behauptung von Gemeinsamkeiten. Diese werden dann als Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung von Gruppenfremden und zugleich einer Gleichbehandlung aller Gruppenzugehörigen genutzt. Wie gleich oder ungleich man sich tatsächlich ist, wird dabei ausgeblendet.

Über individuelle Interessen sowohl der Gruppenfremden als auch der Gruppenmitglieder wird sich systematisch hinweggesetzt. So fragt die Presse natürlich nicht, ob sich der Inhaber eines europäischen Amtes überhaupt selbst in nationale Kategorien einordnen möchte. Und auch wenn sich eine Person selbst als weiblich identifiziert, heißt das noch lange nicht, dass sie gerne explizit als „erste



Das süße Gift der Identitätspolitik

Frau, die das Amt X hat“ genannt werden möchte. Sie mag das sogar als eine erhebliche Herabsetzung ihrer Leistung empfinden, zumal wohl niemand auf die Idee käme, jemanden als den „8. männlichen Bundeskanzler“ zu betiteln. Solange die Leistung von Frauen immer noch mit einem Sonderetikett versehen wird, verschwinden auch nicht die Vorurteile und die Diskriminierung. Gruppendenken reproduziert die diskriminierenden Strukturen, deren Überwindung es anpreist.

REPRÄSENTATION

In den Fokus der Berichterstattung und damit auch des Denkens rückt also nicht das Individuum, sondern ein bestimmtes Merkmal. Dahinter steht ein Weltbild, das bestimmte Merkmale zu entscheidenden Kriterien des öffentlichen Lebens macht. Der Anteil dieser Merkmalsträger an der Gesamtbevölkerung soll dabei möglichst in jedem Gremium und jedem gesellschaftlichen Bereich widergespiegelt werden. Der demokratische Gedanke der Repräsentation des gesamten Volkes wird ersetzt

durch eine Teilrepräsentation von Gruppen, die ausschließlich durch Personen aus der Gruppe möglich ist. Selbst in liberalen Kreisen hört man immer öfter, Frauen sollten Frauen wählen und auf keinen Fall gegen eine andere Frau kandidieren. Das ist jedoch primitives Stammesdenken, das sich lediglich modern und progressiv gibt. Umgekehrt wird Menschen abgesprochen, sich zu bestimmten Themen zu äußern oder gar Menschen zu repräsentieren, wenn sie bestimmte Erfahrungen nicht gemacht und bestimmte Eigenschaften nicht vorweisen können. Das läuft am Ende nicht nur auf Partikular-Repräsentation hinaus, sondern auf das Ende von Demokratie im herkömmlichen Sinne. Wenn niemand mehr Menschen vertreten kann, als die, die genau dieselben Eigenschaften haben, dann sind allgemeine Wahlen sinnlos und müssten durch eine ständische Versammlung früherer Zeiten ersetzt werden, wo jede gesellschaftliche Gruppe feste Sitze hat und jede Gruppe intern eigene Wahlen zur Besetzung ihrer Sitze durchführt. Denn mit welchem Recht dürfen zum Beispiel Männer

mitbestimmen, welche Abgeordneten die Interessen der Frauen vertreten? Paritätsgesetze wie in Brandenburg bleiben also nach ihrer eigenen Logik unvollständig. Natürlich müssten Parlamente dann auch noch größer werden, weil es der inneren Logik des Gruppendenkens entspricht, dass sich immer feinere Unterschiede herausbilden und immer kleinere Gruppen sich als eigenständig empfinden.

IDENTITÄTSPOLITIK

Der Liberalismus war in seiner Anfangszeit vor allem der Gegner des überkommenen ständisch-feudalen Systems, in dem Menschen in bestimmte Positionen hineingeboren wurden. Auch die Verweigerung gleicher Rechte aufgrund von Kriterien wie Hautfarbe und Abstammung sowie Geschlecht und sexueller Identität ist inakzeptabel. In den vergangenen Jahrzehnten hat allerdings eine faszinierende Entwicklung stattgefunden. Innerhalb diskriminierter Gruppen – oder genauer gesagt von Menschen, die Gruppen zugeordnet werden – wurde ein positives Gemeinschaftsgefühl

entwickelt, das aus der Leidensgeschichte und dem Kampf um Emanzipation schöpft und die eigene Gruppe nun selbstbewusst heraushebt. Zugleich wurde die Gruppe zum Quell der Persönlichkeitsbildung ihrer Mitglieder; sie wurde Teil ihrer Identität. Die Identitätspolitik ist keine neue Form des Gruppendenkens, aber eine besonders potente, da sie im Namen des Fortschritts auftritt. Genau genommen ist sie jedoch besonders alter Wein in neuen Schläuchen. In neomarxistischer Manier ordnet sie die Welt in Gut und Böse, in Minderheit und Mehrheit, Unterdrückter und Unterdrückte. Dieses Schwarz-Weiß-Denken kennt keinen Raum für Differenzierung. Um eine ganzheitliche Gleichstellungspolitik, die auch über Väterrechte, die verkürzte Lebenserwartung von oder häusliche Gewalt gegen Männer redet, machen sich Identitätsideologen selten verdient.

Der Kern der Identitätspolitik besteht in einer Umwertung aller herkömmlichen emanzipatorischen Werte. Das Geschlecht soll nicht mehr an Relevanz im gesellschaftlichen Leben verlieren, es soll das zentrale

Merkmal sein: In der gegenderten Sprache, bei jeder paritätischen Gremienbesetzung, in jeder geschlechterquotierten Debatte. Öffentliche Räume wie unsere Hochschulen in geschlechtsbezogene „safe spaces“ zu segregieren, gilt als Gipfel des Fortschritts. Erst wenn das Geschlecht allgegenwärtig ist, herrsche wahre (Geschlechter-) Gerechtigkeit.

EINE WIDERREDE

Wie fortschrittlich Identitätspolitik tatsächlich ist, wird besonders deutlich, wenn Menschen, die einer Gruppe zugeschlagen werden, sich nicht so verhalten, wie es das gruppeninterne Homogenitätsdiktat wünscht. Die Frau, die eben nicht pauschal eine andere Frau wählt, die sich nicht primär als Opfer eines „Patriarchat“ definiert, die Quoten (oder wie man heute sagt, „Zielvereinbarungen“) als abstoßende Entwertung ihrer eigenen Leistung empfindet, gilt dann als Verräterin, als Gehilfin der Unterdrückter, als Dekadente, die sowas ja nur ablehnen könne, weil sie sich selbst mit dem System arrangiert habe. Identitätspolitik ist ein abschüssiger Pfad. Nicht Frauenbrunches, sondern moderne Veranstaltungsformate, nicht reine Frauennetzwerke, sondern eine offenere Verbandskultur, nicht neue Ungleichbehandlungen, sondern ein entschlosseneres Eintreten für eine Kultur der Gleichberechtigung sind der Schlüssel zum Ziel.

Das Zweischneidige der Identitätspolitik ist das vorgebliche Eintreten für die Rechte von Frauen, obwohl seine Methoden Frauen schwach dastehen lassen und ihnen die Chance nehmen, sich ohne Stützräder und Hilfe durchzusetzen. Gegenüber dem steinigen Weg konsequenten Individualismus bietet die Identitätspolitik eine scheinbare Abkürzung. Ich bin bei den Jungen Liberalen aktiv geworden, gerade weil ich hier nicht als Frau, sondern als Individuum gesehen werde. Machen wir dieses Alleinstellungsmerkmal deutlich – dem politischen Gegner genauso wie der FDP!



TABEA GANDELHEIDT (21) ist Bundesprogrammatikerin der Liberalen Hochschulgruppen und Leiterin des Bundesarbeitskreises Gesundheit und Innovation der JuLis. Du erreichst sie unter gandelheidt@julis.de.

Geht ohne Liberalismus Feminismus?

Von der Entscheidung, auch Frauen zur Bundeswehr zuzulassen über die Familienrechtsreform bis hin zum Aufschrei unter #metoo: Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts prägte das Bewusstsein um geschlechtsbezogene Diskriminierungen. Bei all diesen Themen blieb der Liberalismus gefühlt stumm. Doch eine Denkrichtung, die keine Antworten auf die Fragen ihrer Zeit gibt, überholt sich selbst. Ein liberaler Feminismus kann diese Antwort bieten. Warum kommt er so wenig zum Vorschein, obwohl der Liberalismus des 21. Jahrhundert ihn dringend brauchen könnte?

Die weite Definition des Feminismus als „Gleichberechtigung von Mann, Frau und Divers in allen Lebensbereichen“ lässt Interpretationsspielräume zu. Eine Chance, wenn man dieses übergeordnete Ziel in Einklang mit liberalen Grundgedanken wie Individualisierung, Selbstbestimmung und Offenheit bringt. Eine Gefahr, wenn andere politische Gruppierungen die Definitionshoheit über den Begriff für sich vereinnahmen. In Deutschland steht der Feminismus auf der parteipolitischen Agenda von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke. Die lautesten frauenpolitischen Forderungen wie die nach einem Paritätsgesetz oder nach Richtlinien für „richtiges“ Sprechen kommen aus diesem Spektrum. So ist es kein Wunder, dass feministische Bewegungen als (politisch) links wahrgenommen werden. Der Feminismus wirkt einseitig,

scheint absolute Korrektheit für sich in Anspruch zu nehmen und antwortet auf strukturelle Diskriminierungen stets mit Vater (oder besser gesagt Mutter?) Staat. Von Individualisierung, Selbstbestimmung und Offenheit fehlt jede Spur.

URSPRÜNGE DES FEMINISMUS

Das ist umso bedauernswerter, da der feministische Gedanke seinen Ursprung in Freiheitskämpfen findet. Die Französische Revolution gab Olympe de Gouges 1791 den Anlass die „Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne“ („Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“) zu veröffentlichen. Der Kampf gegen die Sklaverei brachte die glühende Abolitionistin Elizabeth Cady Stanton hervor, die 1848 die „Declaration of Rights and Sentiments“ – ein Forderungspapier für Frauenrechte – verfasste. Im selben Jahr erhoben sich im Zuge der Februarrevolution erneut Frauen in Frankreich und forderten ihre Bürgerrechte ein. Die sich anschließende, durch liberale Kräfte getriebene Märzrevolution in Berlin motivierte Louise Otto-Peters, die „Frauen-Zeitung“ zu gründen. Heute noch wird dieses Muster sichtbar, wenn Vertreterinnen des liberalen Islam wie Asra Nomani, Seyran Ates oder Necla Kelek immer auch die Berechtigung der Frau im Zuge einer Reform des Islam fordern.

LIBERALISMUS UND FRAUENRECHTE

Der Zusammenhang liegt auf der Hand: Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Freiheit brachten Frauen dazu, Bürgerrechte für sich selbst einzufordern. Die Aufklärung, die Abschaffung der Monarchie, gesellschaftliche Teilhabe und Bildung für alle waren die

Geburtsstunde des Liberalismus und wurden Seite an Seite von Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtlern erkämpft. Selbstbestimmung, Individualismus, Chancengerechtigkeit: Liberale Kernanliegen dominierten diesen gemeinsamen Kampf. Was ist in der Zwischenzeit passiert, dass Feminismus und Liberalismus sich derart auseinandergeliebt haben?

Ein paar Jahrzehnte später fiel die Frauenbewegung mit der Arbeiterbewegung zusammen. Viele Arbeiterinnen trugen das Empowerment aus dem erfolgreichen Arbeitskampf in ein Engagement für Frauenrechte hinein und stärkten personell die Bewegung. Die zeitliche Parallele zwischen Arbeiter- und Frauenbewegung bringt ein Abhängigkeitsverhältnis zum Vorschein: Mit der Geltendmachung von Rechten für die männliche Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden gesellschaftliche Stände durchbrochen. Bis dahin war die gesellschaftliche Gruppe „Frau“ lediglich mit einer Herabwürdigung des Wesens der Frau insgesamt verbunden. Es gab keine Gruppierung, die sich geschlossen hätte erheben können. Der gesellschaftliche Stand der Frau orientierte sich am Stand ihres Vaters oder Ehemannes und nur dieser Gruppe ordnete sie sich selbst zu. Die Arbeiterfrau hatte (vermeintlich) nichts gemein mit der Ministerialratsgattin; die Bäuerin unterschied sich von der Städterin und zwischen der Prostituierten und der sitzamen Frau durfte ohnehin kein gemeinsamer Anknüpfungspunkt bestehen. Mit voranschreitender Auflösung der Stände konnte sich indessen langsam eine Gemeinschaft unter Frauen bilden, die gezielter und effektiver für ihre Rechte eintrat. Die gesellschaftliche Identifikationsgruppe

Frau existierte erst, als der Klassenkampf zwar nicht beendet, aber jedenfalls unaufhaltbar eingeleitet war.

Die Frauenbewegung verband sich mehr und mehr mit der Arbeiterbewegung. Wenn gleich liberale Stimmen nicht aufhörten, für das Frauenwahlrecht, das Erwerbsrecht der Frau, das Scheidungsrecht oder das Recht auf Abtreibung zu kämpfen, und in den Parlamenten entsprechend abstimmten, schien der Liberalismus sich den Feminismus nicht mehr ganz zurückzuerobern. Das Recht, öffentlich zu bestimmen, was Feminismus sei, wurde anderweitig beschlagnahmt, die Tatsache, dass es mehrere Arten und Interpretationen von Feminismus geben kann, außer Acht gelassen.

WARUM WIR FÜR EINEN LIBERALEN FEMINISMUS KÄMPFEN SOLLTEN

Das Wissen um die Bedeutung vergangener Errungenschaften, führt zu einer Verinner-

lichung der eigenen Grundwerte. Geschieht das nicht, verliert der Liberalismus an Kontur. Überlassen wir feministische Schwerpunktsetzung anderen, verkennen wir, dass die Gleichberechtigung aller Individuen ein liberales Kernanliegen war uns ist und infolgedessen auch durch freiheitsliebende Stimmen mitgestaltet werden muss. Es erfordert also eine Identifikation mit Geschehenem, nicht eine Abkehr oder eine vergangenheitsleere neue Richtung.

Wie sieht ein liberaler Feminismus also aus? Durchaus berechtigt erscheint auf den ersten Blick die Kritik am Namen der Bewegung. Abgeleitet von femina benennt er nur die soziale Gruppe der Frau, soll sich aber auf die Abschaffung gesellschaftlich vorgegebener Rollenbilder für alle Geschlechter beziehen. Indessen ist die Berechtigung der Frau

mit dem klassischen Rollenbild des Mannes verwoben. Mit dem Recht auf Erwerbstätigkeit wurde das Ende der klassischen Hausfrauen-/Alleinverdienerrolle eingeleitet. Die Zulassung der Pille führte nicht nur zu einer sexuellen Revolution zugunsten der Frau, sondern noch viel eher zugunsten des Mannes. Die Auflösung des klassischen Rollenbilds der Frau brachte eine kritische Auseinandersetzung mit der klassischen Rolle des Mannes. Der Name Feminismus bezeichnet diesen Zusammenhang.

Viel wichtiger aber ist: Der Name steht für all die Kämpfe, die zur Gleichberechtigung der Geschlechter in den letzten beiden Jahrhunderten erforderlich waren. Er benennt den Ursprung der Bewegung in der Berechtigung der Frau. Das ist wiederum für das Bewusstsein, wo wir herkommen, entscheidend. Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen des Einsatzes der Bewegung für LGBTIQI-Rechte, die Aufnahme des Cisgender-Begriffs oder eine Internationalisierung die Offenheit für eine Weiterentwicklung.

FEMINISMUS MITGESTALTEN

Die Loslösung von klassischen Geschlechterrollen ist noch nicht abgeschlossen. So werden sich auch zukünftig Gruppierungen finden, die sich für die Gleichberechtigung von Mann, Frau und Divers einsetzen. Sie werden sich zum Feminismus bekennen, mit Forderungen in der Öffentlichkeit stattfinden, versuchen Gesellschaftsstrukturen zugunsten der jeweils diskriminierten Gruppe aufzubrechen – und damit diesen Themenbereich dominieren. Schlussendlich geht es aber um unsere Ideale. Fehlt der Feminismus im Liberalismus, wird eine Chance vergeben, den Gedanken der Gleichberechtigung des Individuums auf unsere Art und Weise zu verwirklichen. Will der Liberalismus eigene Antworten auf sexistische Problemstellungen bieten, gilt es der Einseitigkeit des einen Feminismus geschlossen entgegenzutreten. Es gilt mitzugestalten, statt abzulehnen; kreativ zu werden, statt auszusetzen. Der Liberalismus des 21. Jahrhunderts braucht seinen Feminismus.



FREDERIKE HIRT (22) studiert Rechtswissenschaften in Hannover. Ihr liegt der Feminismus besonders am Herzen, weil dort viel zu wenige liberale Stimmen vertreten sind. Sie freut sich über einen Austausch über den Artikel. Du erreichst sie unter frederike.hirt@julius.de

(K)eine Krise des Liberalismus

Nicht nur der Titel unseres Mitgliedermagazins, sondern auch einige Journalisten, Wissenschaftler und Politiker wie Alexander Grau, Armin Nassehi oder Petra Gössi betonen immer wieder, dass sich der Liberalismus in einer Krise befindet. Diese Aussage ist aber zu pauschal und undifferenziert und sollte – wenn überhaupt – nur als These, über die diskutiert werden kann, und nicht als Ergebnis verstanden werden. Zuerst stellt sich die Frage, welcher Liberalismus damit überhaupt gemeint ist. Sprechen wir über die politische Theorie, über die Politik der Freien Demokraten in Deutschland oder über den Freiheitswunsch von Menschen weltweit?



Historisch gesehen hat es schon bedeutsam schlechtere Zeiten für Liberale in Deutschland gegeben: Nie hatte die einzig liberale Jugendorganisation Deutschlands mehr Mitglieder, nur einmal gab es bisher mehr liberale Bundestagsabgeordnete und kaum jemand hätte gedacht, dass die FDP nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag 2013 so stark zurückkommen würde. Trotzdem sind wir als Junge Liberale mit der jetzigen Stagnation der FDP nicht zufrieden. Den Zustand aber als Krise zu bezeichnen, wäre ein realitätsfernes Anspruchsdenken.

DIE KOMPLEXITÄT DES LIBERALISMUS

Sofern wir über den Liberalismus als theoretisches Konstrukt sprechen, heißt das auch in diesem Fall: Keine Krise. Die politische Theorie kennt drei große Ideologien: Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus. Der Sozialismus ist in der praktischen Umsetzung bisher immer gescheitert und wird immer scheitern. Der Konservatismus kann nicht gewinnen, weil er sich immer das Gestern zurückwünscht und wie jeder andere im Morgen aufwacht. Der Liberalismus dagegen kann weder verlieren noch gewinnen, weil er keinen definierbaren Zielzustand kennt. Während Sozialisten alles gleich halten wollen, wollen wir maximale individuelle Freiheit. Individuelle Freiheit muss allerdings immer auch beschränkt werden. Der Kampf um die Angemessenheit der Einschränkung ist die liberale Bürde, für die es keine pauschale Lösung gibt. Als Liberaler kann man gegen oder für eine Schulpflicht, eine Flat-Tax oder Kultursubventionen sein, aber man kann nicht für die Wehrpflicht oder Vereinfachung von Enteignungen sein. Liberalismus ist im Detail für jeden etwas Anderes, aber nie beliebig. Das macht ihn zwar schwer zu greifen, aber diese Komplexität ist kein Zeichen für eine Krise.

FREIHEIT WELTWEIT

Sprechen wir über einen Freiheitswunsch und den Liberalismus weltweit, hat unser letzter Bundeskongress gezeigt: Liberales Gedankengut steht weltweit hoch im Kurs. Der Besuch von Freiheitskämpfern aus Hongkong und Moskau zeigte eindrücklich, dass in anderen Teilen der Welt der Liberalismus vor ganz anderen Herausforderungen steht. Demokratie und Rechtsstaat sind Eckpfeiler einer liberalen Gesellschaft und müssen in vielen Ländern der Welt noch erstritten werden. Wäre der Liberalismus in der Krise, würden nicht weltweit Menschen ihre Leben opfern, um Freiheit für ihre Gesellschaft zu erkämpfen. Insofern kann davon gesprochen werden, dass überall auf der Welt Freiheit bekämpft oder bedroht wird, aber nicht davon, dass Freiheit nicht ersehnt werden würde. Die Krise des Liberalismus beginnt vielmehr dann, wenn der Freiheitswunsch erst gar nicht mehr aufkommt.

WARUM DER LIBERALISMUS NOTWENDIG IST

All das heißt aber eben auch nicht, dass unsere Zukunft zwingend freiheitlicher sein muss. Insbesondere mit Blick auf Deutschland fällt auf, dass liberale Werte grundsätzlich gefährdet sind. Kollektivistischen aus allen politischen Lagern wollen individuelle Freiheit beschränken, der Ruf nach staatlichen Lösungen wird lauter und im politischen Diskurs erleben wir nicht nur eine Verrohung, sondern auch eine neue Dimension der Identitäten. Identitätspolitik ist dabei für den politischen Liberalismus momentan vielleicht die größte Herausforderung, weil sie den Zeitgeist dominiert. Wir erleben die Einschränkung von Meinungsfreiheit, politische Gegner werden niedergebrüllt und Partikularinteressen zum

Mittelpunkt des politischen Geschehens erklärt. Dabei erleben wir eine Verengung auf Themen und Vorstellungen, die wenig mit den grundsätzlichen Fragen und Bedürfnissen der Menschen und mit der klassischen Aufgabe von Politik zu tun hat. Zukünftig könnte nicht mehr die Frage des sozialen Aufstiegs entscheidend sein, sondern die Frage, ob ein fleisshessender, heterosexueller Mann als Umweltminister denn in der Lage ist, Politik gegen den Klimawandel zu gestalten, die auch aus queerfeministischer Sicht gerecht sein kann. Aus diesem Denken lässt sich ableiten, dass sich Menschen nur noch für eine Sache einsetzen können, wenn sie selbst zu der Betroffenengruppe zählen. Mehr und mehr stehen Unterschiede im Vordergrund und werden als Voraussetzung für politisches Handeln verstanden und nicht mehr gemeinsame Werte und Zielvorstellungen. Diese Entwicklung führt nicht zu einer Individualisierung, sondern zu einer Spaltung der Gesellschaft und zu einer Gefahr für die Meinungsfreiheit. Dabei erleben wir schon unlängst, dass vielerorts Meinungsfreiheit offenbar nur noch in einem vordefinierten Raum stattfinden darf. Der Geschäftsführer der hessischen Filmförderung verliert seinen Job, weil er mit einem AfD-Politiker zu Mittag gegessen hat und Christian Lindner wird ein Auftritt an der Hamburger Universität untersagt – nachdem Sahra Wagenknecht und Kevin Kühnert auftreten durften. Eine liberale Gesellschaft muss nicht jede Meinung tolerieren. Aber eine liberale Gesellschaft muss jede Meinung aushalten und dafür sorgen, dass gewisse Meinungen nicht widerspruchsfrei bleiben.

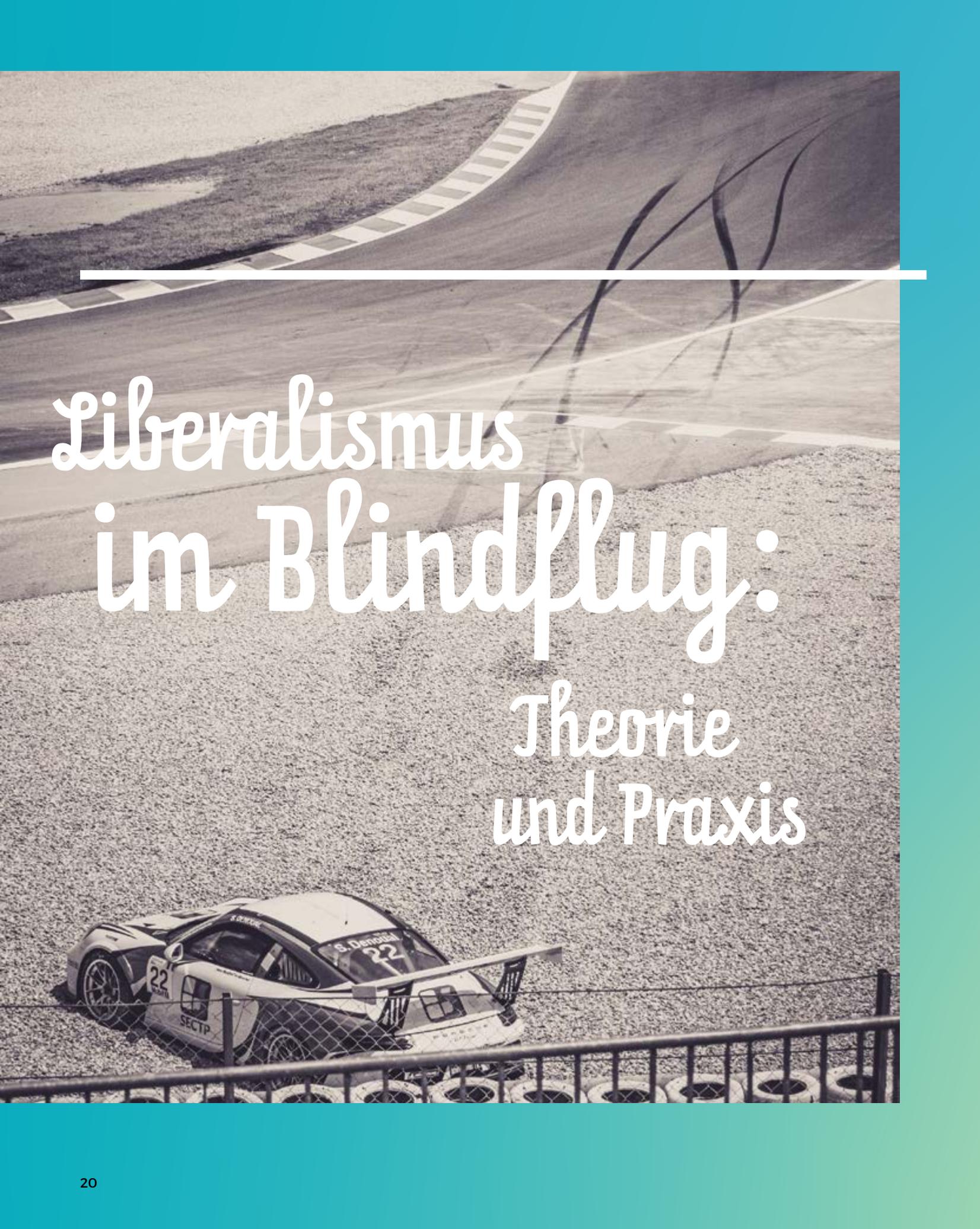
GERECHTIGKEIT STATT GLEICHHEIT

Gefährlich ist aber auch die politische Antwort auf Identitätspolitik. Politik muss nämlich nicht für Gleichheit sorgen. Gleichheit soll und kann es nur vor dem Gesetz geben, sie darf aber nie Zielzustand einer Gesellschaft sein. Aber auch die FDP beginnt schon in Tendenzen dem Druck des Zeitgeistes nachzugeben. Unter dieser Entwicklung sind innerparteilich auch Zielvereinbarungen zu werten. Im Zentrum liberaler Politik darf nie die Frage oder eine Bewertung stehen, wo jemand herkommt, welches Geschlecht oder welche Sexualität sie oder er hat, sondern einzig und allein, welche Fähigkeiten, Ideen und Visionen die Person mitbringt. Der politische Liberalismus kann Identitätspolitik deswegen auch nicht als „Politik“ verstehen und darf sich dieser Entwicklung nicht anbiehern. Die Krise des Liberalismus beginnt nämlich dann, wenn er in seiner politischen Umsetzung nicht zwischen Individualisierung und Spaltung unterscheidet und verkennt, dass eine partikulare Interessensvertretung im identitätspolitischen Sinne ein kollektivistischer Ansatz ist und dem Liberalismus zutiefst entgegensteht.

Damit der Liberalismus nicht wirklich in eine Krise gerät, ist es auch Aufgabe der Jungen Liberalen, die Freien Demokraten wieder stärker auf den Grundsatz der individuellen Freiheit zu trimmen. Dabei darf es aber nicht darum gehen, gewisse angemessene Beschränkungen des eigenen Glücks oder der eigenen Handlungsfreiheit in keinem Fall zu akzeptieren, sondern zu zeigen, dass wir Freiheit in Verantwortung leben und nicht vermeintliche Freiheit im identitätspolitischen Sinne erreichen wollen. Dann bleibe ich erst recht optimistisch, dass der Liberalismus in keiner Krise steckt, sondern bald auch wieder Hochkonjunktur erleben wird.



ALEXANDER STEFFEN (26) ist Landesprogrammatiker der Jungen Liberalen NRW. Du erreichst ihn unter alexander.steffen@julius-nrw.de



Liberalismus im Blindflug: Theorie und Praxis

Der organisierte Liberalismus ist zu Recht stolz auf seine pragmatische Grundhaltung. Wer pragmatisch handelt, handelt in der Regel nicht unvernünftig oder unverantwortlich. Doch fehlt es an der notwendigen Orientierung, wenn politisches Denken und Handeln ausschließlich an tagespolitischen Notwendigkeiten ausgerichtet werden. Nur eine anspruchsvolle theoretische Fundierung des Liberalismus vermag einer in allen Bereichen konsequent freiheitlichen Praxis die Richtung zu weisen.

Eine komplexe Welt erfordert komplexe Begriffe, um sie adäquat zu erfassen und beschreiben zu können. Sie benötigt dementsprechend komplexe theoretische Konzepte. Wer in einer komplexen Welt politisches Handeln nicht der Beliebigkeit überlassen will, benötigt ein handlungsleitendes System auf der Basis solcher theoretischer Konzepte, aus dem konkretes politisches Handeln in konkreten Situationen abgeleitet werden kann. Das Fehlen eines solchen übergeordneten handlungsleitenden Wertesystems schlägt sich in einer tiefen und anhaltenden Krise des Liberalismus im 21. Jahrhundert nieder.

Es handelt sich bei der momentanen Schwäche in einer Situation, die eigentlich alle Möglichkeiten für Stärke bietet, nicht lediglich um Defizite der politischen Kommunikation, des Framings oder Schwerpunktsetzungen. Vielmehr hat sich die Theorie des Liberalismus in den letzten Jahrzehnten kaum in nennenswerter Weise weiterentwickelt bzw. sind fruchtbare Weiterentwicklungen vom organisierten Liberalismus nicht beachtet worden. Das maßgebliche theoretische Gerüst ist zu unterkomplex und bietet somit keine ausreichende Ausgangsbasis, um die brennenden Fragen der Gegenwart und Zukunft in Angriff zu nehmen.

KRISE DES LIBERALISMUS – LOB DER THEORIE

Indem pragmatische Modi des politischen Handelns verklärt, oftmals in einen kategorischen Gegensatz zu ideologisch motivier-

tem Handeln gebracht werden, wird versucht, diese Krise zu verdecken. Dies kann jedoch höchstens oberflächlich gelingen. Nur eine Klärung der elementaren Grundpositionen, von denen ausgehend Politik prinzipiengeleitet und gleichzeitig kohärent und konsistent ermöglicht wird, ist in der Lage, den Kern der Krise freizulegen und diese so konstruktiv zu wenden. Dazu ist Theoriearbeit erforderlich. Theoriearbeit ist mühsam, Erfolg ist nicht garantiert, sie benötigt ausreichende Ressourcen und eine passgenaue intellektuelle Infrastruktur. Doch nur wenn es gelingt, sich auf die Grundsätze des Liberalismus zu besinnen und sie ins 21. Jahrhundert zu transponieren, besteht die Chance, unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft, die zunehmend von ihren extremen Rändern her unter Druck gerät, zu erhalten und darüber hinaus Freiheitsräume immer weiter auszudehnen.

FREIHEIT AT

Neben einer Weiterentwicklung des theoretischen Grundgerüsts ist aber auch eine Vergrößerung des theoretischen Handwerkszeugs in der Breite erforderlich. Jede und jeder Einzelne muss in die Lage versetzt werden, politische Fragen im Rahmen eigener Prinzipienableitungen zu bearbeiten. Hierfür müssen Strukturen geschaffen, Mitglieder geschult werden. Die Aufgabe, den Liberalismus als Ganzen voranzubringen, ist nicht bloß einigen Wenigen überlassen, sondern eine Gesamtaufgabe all derjenigen, die an einer offenen und freien Gesellschaft interessiert sind und sich für sie einsetzen; die zum Beispiel Digitalisierung als freiheitsrelevante Grundsatzfrage und nicht in erster Linie als bloß technischen Sachverhalt sehen; oder die in einer Welt, in der Bedrohungen der Freiheit nicht mehr ausschließlich vom Staat ausgehen, Freiheit nicht ausschließlich als abwehrrechtliche Dimension gegenüber dem Staat verstanden wissen wollen. Die Anknüpfungspunkte sind vielfältig. Doch sollte

dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass allen gemeinsam das Ringen um eine schlagkräftige theoretische Basis durch Reakademisierung des Liberalismus ist. Liberale Theoriearbeit erfordert nicht nur umfassende Anstrengungen und gerade auch intellektuellen Mut, sondern auch wissenschaftliche Präzision.

RÜCKEROBERUNG DER KÖPFE

Eine wesentliche Stütze für die Weiterentwicklung des Liberalismus auf theoretischer Basis müssen die Universitäten sein; sie stehen funktional im Zentrum der liberalen Theoriearbeit. Weltbeste Bildung und größtmögliche Freiheit bedingen sich gegenseitig – auf allen Ebenen der Gesellschaft. Der Liberalismus muss wieder tief im intellektuell-akademischen Leben verankert werden. Nicht nur Studentinnen und Studenten, sondern auch das wissenschaftliche Personal bis hin zu den Professorinnen und Professoren muss vor dem Hintergrund der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit Ideen individueller Freiheit als Grundlage des Strebens nach Glück als integralen Bestandteil einer progressiven Geisteshaltung annehmen und kritisch-reflektiert vertreten. Um dies zu ermöglichen, bietet es sich an, bereits bestehende hochschulpolitische Strukturen spürbar auszubauen und so zu reorganisieren, dass an alte bundesrepublikanische Traditionen des Liberalismus angeknüpft werden kann.

Darüber hinaus muss der organisierte Liberalismus die Pflege und stetig fortschreitende Kultivierung seiner Grundlagen als Überlebens- und Erfolgsnotwendigkeit anerkennen. Nur dann wird er die Idee eines freien und selbstbestimmten Individuums glaubhaft und lösungsorientiert vertreten und die Menschen auch weiterhin begeistern können. Doch dann wird er auch kaum zu stoppen sein.



DANIEL STEINER (34) promoviert an der Universität Bielefeld zur verfassungs- und völkerrechtlichen Zulässigkeit militärischer Terrorismusbekämpfung und studiert dort Soziologie und Politikwissenschaft. Er ist Bezirksprogrammatiker der JuLis Ostwestfalen-Lippe und Landesvorsitzender der LHG Nordrhein-Westfalen. Du erreichst ihn unter daniel.steiner@julis.de



Bonjour:

Das Internationale Komitee tagt in Paris

Wir staunten nicht schlecht, als der Vertreter von „Jeunes avec Macron“ uns erklärte, dass sich die Jugendorganisation von Emmanuel Macron für eine Erhaltung der Agrarsubventionen einsetzt.

Doch zurück zum Anfang: Vom 6.-8. Dezember hat sich das Internationale Komitee in Paris für eine Klausurtagung getroffen. Svenja Dörflinger (zuständig für Nordamerika), Lennart Jürgensen (Osteuropa), Philipp Berner (Südamerika), Jannik Reisberg (Afrika), Julius Graack (Westeuropa) und Julian Barazi (Naher Osten) haben intensiv über ihre Projekte diskutiert. Dabei gibt es eine große Bandbreite an

Ideen: Von einer Social Media Woche zu Afrika, einem Seminar zu Südamerika, einer Diskussionsveranstaltung zu den amerikanischen Wahlen bis hin zu Aktionen mit den internationalen Gästen beim Jubiläumskongress und vieles mehr war alles dabei. Für die letzten anstehenden Monate der Wahlperiode des Bundesvorstands gibt es noch viele Projekte und jede und jeder ist eingeladen, beim Internationalen Komitee mitzuarbeiten.

Die Gelegenheit, in Paris zu sein, haben wir natürlich auch dafür genutzt, um uns mit Mitgliedern der FDP in Paris zu treffen. Wer also ins Ausland zieht, muss nicht immer das politische Engagement beenden, denn die FDP hat viele

aktive Auslandsgruppen und wir planen eine ähnliche Struktur für die Städte London und Brüssel auch innerhalb der JuLis. Schließlich haben wir uns auch mit französischen Partnern getroffen. Auch, wenn wir uns bei der Agrarpolitik nicht einig werden konnten und bei dem einen oder anderen Thema generell wirtschaftsliberaler aufgetreten sind, war es ein fruchtbarer Austausch.

Wenn Du Interesse an einer Mitarbeit beim Internationalen Komitee hast, dann melde Dich bei der oder dem entsprechenden Regionalleiter. Die Mailadressen findest Du auf der Homepage der JuLis.

Svenja Hahn

**Für Dich im
Europäischen
Parlament!**

**renew
europe.**

 @svenja_ilona_hahn
 /svenjahahnfdp
 @svenja_hahn

GA in Kapstadt: IFLRY trifft auf ein Land der Gegensätze



Südafrika ist in vielerlei Hinsicht das Land der Gegensätze: So steht Südafrika nach dem Gini-Index an letzter Stelle in der Einkommensverteilung. Während sich an der Waterfront modernste Hotelanlagen und Villen aneinanderreihen, gibt es nur wenige Kilometer entfernt zerstörte Townships aus

Blechhütten ohne Wasserzugang. Und schließlich trifft eine der modernsten Verfassungen der Welt auf einen von Unsicherheit und Gewalt bestimmten Alltag. Die Delegation der JuLis zur diesjährigen General Assembly hatte jede Menge Eindrücke zu verarbeiten. Das hat sie natürlich nicht davon abgehalten, sehr intensiv für die Inhalte der JuLis bei der General Assembly von IFLRY einzustehen: Wir haben vier von insgesamt 15 Resolutions gestellt und mit Abstand die meisten Amendments (Änderungsanträge) ein-

gereicht, von denen alle angenommen wurden. Nun setzt sich IFLRY unter anderem für unser Sterbehilfe-Modell bei Kindern, alle unsere Forderungen zur Unterstützung Hongkongs und Taiwans, Sonderwirtschaftszonen in Afrika und vieles mehr aus der Beschlusslage der Jungen Liberalen ein.

Im Frühjahr 2020 freuen wir uns schon auf ein nicht weniger spannendes Gastgeberland: Ukraine. Dort finden auch die Wahlen für den neuen Vorstand von IFLRY statt. Bleibt also gespannt.



Impressum

jung + liberal ist das Mitglieder- und Lesermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e. V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (040) 680 78 55-0
Telefax: (040) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Anna Neumann (neumann@julis.de)

Autoren:
Autoren: Marc Bauer, Sina Behrend, Pascal Bührig, Johannes Dallheimer, Tabea Gandelheidt, Frederike Hirt, Daniel Steiner, Alexander Steffen

Auflage: 12.500 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an neumann@julis.de schicken.

Bildnachweise
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

LYMEC: Ein Congress zwischen Brexit und Fish and Chips

Eigentlich hatten die Organisatoren bei der Auswahl des Austragungsortes gedacht, dass der Brexit zum Termin des LYMEC Congress im Herbst durch sei. Doch hatten sie offenbar nicht die britische Unkalkulierbarkeit einkalkuliert. Bekanntermaßen war der Brexit im November noch nicht vollzogen.

Immerhin war in London auf das Wetter Verlass: Auch bei Dauerregen haben wir es uns nicht nehmen lassen nach ein paar Fish and Chips über

verschiedenste Themen zu debattieren.

Dabei ging es unter anderem um die Idee einer Doppelspitze für LYMEC. Gegen diese Idee sind wir als deutsche Delegation stark eingetreten und tatsächlich hat sie glücklicherweise keine Mehrheit gefunden.

Für uns JuLis war darüber hinaus der Antrag zu Hongkong besonders wichtig, da viele Inhalte aus unserer Beschlusslage in dem Antrag enthalten waren. Dieser ging problemfrei durch. Etwas frustrierend war die anschließend mehrere Stunden andauernde Diskussion zum Thema einer europäischen Armee. Am Ende war die Resolution durch die vielen Amendments so widersprüchlich, dass sie abgelehnt wurde.

Spannend wird es beim LYMEC Congress in Skopje im Frühjahr 2020, denn auch da wird neu gewählt.



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

BRINGT **ASSISTENZÄRZTIN**
SILVIA HÖCHSTLEISTUNG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/silvia

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**